

V-84 Die Eskalationsspirale durchbrechen - Komplexität und Verantwortung im Nahostkonflikt und in der Nahost-Debatte in Deutschland.

Antragsteller*in: Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 In Deutschland erleben wir gegenwärtig, wie der Nahostkonflikt auch hier zu
2 intensiven Debatten führt und das gesellschaftliche Klima beeinflusst. Die
3 Auseinandersetzungen sind oft von starken Emotionen geprägt und bergen die
4 Gefahr, bestehende gesellschaftliche Spannungen zu verstärken. Die Anschläge vom
5 7. Oktober 2023 haben in Deutschland zu Recht großes Entsetzen hervorgerufen und
6 uns als Gesellschaft daran erinnert, dass die Sicherheit von Jüdinnen und Juden
7 nie selbstverständlich ist und Tag für Tag erkämpft werden muss. In diesem
8 Zusammenhang bekennen wir uns klar zum Existenzrecht Israels, das eine
9 grundlegende Voraussetzung für die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft
10 weltweit und den Schutz vor antisemitischen Übergriffen darstellt. Dieser
11 Angriff hat Jüdinnen und Juden weltweit – und damit auch Hunderttausende
12 Menschen in Deutschland – in Angst versetzt. Gleichzeitig leben in Deutschland
13 ebenfalls Hunderttausende Menschen mit familiären, freundschaftlichen und
14 emotionalen Verbindungen in die palästinensischen Gebiete und die gesamte
15 umliegende Region. Sie sorgen sich genauso um ihre Angehörigen und Freunde im
16 Gazastreifen, in der Westbank und im Libanon, sie empfinden Trauer um die Opfer
17 der Angriffe und bangen um ihre Liebsten.

18 Unsere vielfältige Gesellschaft ist damit in vielerlei Hinsicht tief verwoben
19 mit dem Schmerz und dem Leid dieser Region. Es ist daher unerlässlich, diesen
20 Schmerz in all seinen Facetten anzuerkennen und ihm Raum in der Öffentlichkeit
21 zu geben – unabhängig davon, ob er aus einer jüdischen, palästinensischen oder
22 anderen Perspektive empfunden wird, unabhängig davon, wie wir politisch auf die
23 zugrunde liegenden Konflikte blicken. Ein Blick auf den Libanon zeigt uns, wie
24 eine Gesellschaft, die durch Vielfalt geprägt ist, auch durch Konflikte
25 zerrissen werden kann. Es bleibt unsere gemeinsame Aufgabe, aufeinander
26 zuzugehen, Brücken zu bauen und auch in schwierigen Zeiten Raum für
27 gegenseitiges Verständnis zu schaffen.

28 Als Bündnis 90/Die Grünen möchten wir unserer Verantwortung gerecht werden und
29 einen Beitrag dazu leisten, dass unterschiedliche Perspektiven gehört und
30 respektiert werden. Wir stehen für eine Politik, die auf den Grundwerten der
31 Menschenrechte, des Völkerrechts und der Demokratie basiert. Es geht darum,
32 Räume zu schaffen, in denen ein offener und konstruktiver Austausch möglich ist
33 – ohne Vorurteile und Ausgrenzung.

34 Wir sehen die Notwendigkeit, einen Umgang mit dem Nahostkonflikt zu entwickeln,
35 der der Komplexität der Situation gerecht wird und zugleich unsere eigenen
36 gesellschaftlichen Herausforderungen berücksichtigt. Durch Förderung von
37 interkulturellem und interreligiösem Dialog wollen wir Brücken bauen und
38 Radikalisierungstendenzen entgegenwirken. Bildung und Aufklärung spielen dabei
39 eine zentrale Rolle, um Verständnis zu fördern und Vorurteile abzubauen.

40 Unser Ziel ist es, auch hier durch respektvollen Dialog und Zusammenarbeit
41 Lösungen zu erarbeiten. Indem wir auch hier den gesellschaftlichen Zusammenhalt
42 in den Mittelpunkt stellen, können wir zu einer friedlicheren und gerechteren
43 Zukunft beitragen.

44 1. Klare Haltung im Nahostkonflikt und Förderung des gesellschaftlichen Dialogs:

45 Wir bekennen uns zu einer differenzierten, völkerrechtsbasierten und
46 menschenrechtsorientierten Positionierung im Nahostkonflikt. Wir setzen uns
47 dafür ein, dass in Deutschland Räume geschaffen und erhalten werden, die einen
48 offenen, respektvollen und konstruktiven Dialog zwischen verschiedenen
49 gesellschaftlichen Gruppen ermöglichen. Dabei ist es von besonderer Bedeutung,
50 Radikalisierungstendenzen entgegenzuwirken und den gesellschaftlichen
51 Zusammenhalt zu stärken. Dies beinhaltet die Förderung von Initiativen, die den
52 interkulturellen und interreligiösen Austausch unterstützen und Vorurteile
53 abbauen. Auch öffentliche Räume wie Bürgerhäuser, Theater und Hochschulen müssen
54 diesen Dialog ermöglichen.

55 2. Für Frieden und Gerechtigkeit - Ablehnung von Gewalt, Forderung nach
56 Deeskalation und Stärkung humanitärer Hilfe:

57 Wir verurteilen entschieden die grausamen Angriffe der Hamas vom 7. Oktober
58 2023, die durch wahllose Gewalt gegen Zivilist*innen in Israel, durch Morde und
59 Entführungen gekennzeichnet waren. Wir fordern die internationale Gemeinschaft
60 eindringlich auf, die Hamas zur Rechenschaft zu ziehen und dringen auf die
61 sofortige Freilassung aller Geiseln aus ihren Händen. Das
62 Vorgehen der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen beobachten wir jedoch mit
63 großer Besorgnis und unterstützen ausdrücklich eine unabhängige Untersuchung
64 möglicher
65 Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, zumal die israelische Regierung
66 eine unabhängige Aufarbeitung des Hamas-Angriffs und des darauf folgenden
67 Krieges blockiert. Die fortgesetzte Siedlungspolitik und die Besatzung der
68 Westbank sowie die Gewalt durch radikale Siedler*innen gegen palästinensische
69 Zivilist*innen müssen sofort beendet werden, da sie nicht nur völkerrechtswidrig
70 sind, sondern auch ein Hindernis für den Frieden in der Region darstellen. Die
71 gegenwärtige Politik der israelischen Regierung gefährdet die langfristige
72 Sicherheit der israelischen Bürger*innen, da sie zu einer Eskalation der Gewalt
73 beiträgt und die Chance auf eine dauerhafte Friedenslösung untergräbt.
74 Anhaltende Sicherheit für Israelis wird
75 nur möglich sein, wenn es auch anhaltende Sicherheit für Palästinenser*innen
76 gibt, und umgekehrt. Daher geben wir die Suche nach einer politischen Vision
77 nicht auf, in der beide Völker friedlich Seite an Seite in zwei Staaten leben.

78 Angesichts der akuten humanitären Krise im Gazastreifen ist die sofortige
79 Bereitstellung umfassender Hilfe von größter Dringlichkeit. Die UNRWA leistet
80 durch ihre Arbeit in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale
81 Dienste einen unverzichtbaren Beitrag. Es gibt derzeit keine
82 Alternativstrukturen, die diese Aufgaben übernehmen können. Ein Ende oder eine
83 Unterfinanzierung der UNRWA würde zur Destabilisierung der gesamten Region
84 führen und auch wichtige Partner wie Jordanien beeinträchtigen. Wir setzen uns
85 nachdrücklich für eine angemessene Finanzierung der UNRWA ein. Gleichzeitig ist
86 es entscheidend, die Organisation vor extremistischen Einflüssen zu schützen und
87 ihre Integrität zu wahren. Wir setzen uns deshalb entschieden dafür ein, die

88 Kontrollmechanismen und Einstellungsprozesse innerhalb der UNRWA weiter zu
89 verbessern, um die Integrität der Organisation zu stärken und sie vor
90 unerwünschten Einflüssen zu schützen.

91 3. Verteidigung der völkerrechtsbasierten Ordnung und internationaler
92 Institutionen:

93 Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu einer Politik, die fest auf den Grundwerten
94 der universellen Menschenrechte, der Demokratie und des Völkerrechts basiert.
95 Die Vereinten Nationen und deren Institutionen, insbesondere der Internationale
96 Gerichtshof und der Internationale Strafgerichtshof, sind zentrale Säulen einer
97 völkerrechtsbasierten Ordnung und müssen von uns gegen Angriffe verteidigt
98 werden. Wir verpflichten uns, in unserer Außenpolitik eine faktenbasierte,
99 menschenrechtsorientierte und regelbasierte Herangehensweise zu verfolgen, um
100 den Frieden und die Freiheit in Gegenwart und Zukunft zu bewahren.

101 4. Differenzierte Definition von Antisemitismus:

102 Antisemitismus bedroht uns alle – er vergiftet das gesellschaftliche
103 Miteinander, untergräbt die Grundlagen von Demokratie und Menschenrechten, das
104 Fundament für unser Zusammenleben in Deutschland und unsere historische
105 Verantwortung für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden, der wir gerecht werden
106 wollen und müssen. Aus diesem Grund setzen wir uns entschlossen gegen jede Form
107 von Antisemitismus ein. In einer Zeit, in der Hass und Ausgrenzung zunehmen, ist
108 es unsere gemeinsame Aufgabe, antisemitischen Tendenzen aktiv entgegenzutreten
109 und sie klar zu benennen. Um dieses Ziel wirksam zu verfolgen, sprechen wir uns
110 für eine differenzierte Handhabung von Antisemitismusdefinitionen aus. Die nicht
111 rechtsverbindliche Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International
112 Holocaust Remembrance Alliance (IHRA-Definition) ist international weit
113 verbreitet. Wir sehen aber die Notwendigkeit, auch weitere Definitionen wie die
114 Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA) oder das Nexus-Dokument zu
115 berücksichtigen. Diese ermöglichen es besser, zwischen antisemitischen Aussagen
116 und legitimer Kritik an der israelischen Regierungspolitik klar zu
117 unterscheiden, ohne antisemitische Tendenzen zu verharmlosen oder die
118 Meinungsfreiheit unangemessen einzuschränken.

119 5. Schutz der Wissenschaftsfreiheit:

120 Wir fordern die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit als unverzichtbaren
121 Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie. Nur eine freie Wissenschaft kann die
122 technischen und sozialen Innovationen hervorbringen, auf die wir als
123 Industrieland angewiesen sind. Nur sie kann der Rahmen für ein Nachdenken und
124 eine Reflexion unseres Denkens und Fühlens sein. Dazu gehört es, Ideen,
125 Meinungen und Gedanken zuzulassen, die anstößig, ungewöhnlich oder marginal
126 erscheinen. Staatliche Eingriffe oder administrativer Druck, die darauf
127 abzielen, kritische wissenschaftliche Diskurse unangemessen zu beschränken,
128 Wissenschaftler*innen aufgrund politischer Ansichten von Förderung
129 auszuschließen oder sie zu sanktionieren, schaden uns als Gesellschaft. Das gilt
130 besonders angesichts der Tatsache, dass unsere Hochschulen und
131 Wissenschaftseinrichtungen international weitreichend vernetzt sind. Wir
132 brauchen die Zusammenarbeit, den Dialog und auch die Auseinandersetzung mit
133 Wissenschaftler*innen aus Südafrika ebenso wie aus Israel, aus den USA ebenso
134 wie aus China. Deshalb ist klar, dass wir Boykottaufrufen gegen jüdische oder
135 israelische Wissenschaftler*innen aufs strengste entgegentreten. Denn wir treten

136 dafür ein, dass wir offene Gespräche über den Nahostkonflikt, Kolonialismus und
137 globale Gerechtigkeit führen können - aus unterschiedlichsten Perspektiven.

138 6. Demut als Teil unserer historischen Verantwortung:

139 Die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit ist untrennbar mit unserer
140 historischen Verantwortung verbunden. Deutschland hat aus den Verbrechen des
141 Nationalsozialismus gelernt. Mutige Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung,
142 Justiz und Zivilgesellschaft haben seit Ende des Zweiten Weltkriegs, oft gegen
143 erhebliche Widerstände, durchgesetzt, dass Deutschland sich seiner einzigartigen
144 Verantwortung stellt: Täter*innen der Shoah wurden juristisch zur Rechenschaft
145 gezogen, Opfer entschädigt, das Gedenken fester Teil des öffentlichen Raums, und
146 das Wissen um die Verbrechen des Nationalsozialismus ist integraler Bestandteil
147 unserer Bildungspläne. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Dieser Stolz muss
148 aber auch anerkennen, dass diese Errungenschaften keinesfalls eine
149 Selbstverständlichkeit waren, dass Täter*innen viel zu lang in hohen Ämtern
150 saßen, dass die Profiteure von Arisierungen und Kollaboration deren Früchte
151 oftmals allzu sicher behalten durften. Heute, wo diese Errungenschaften fester
152 Teil der politischen Mitte sind, werden sie von einer wachsenden Zahl von
153 Menschen, vor allem von Rechtsaußen, wieder in Frage gestellt.

154 Aus dem Wissen um die singulären Verbrechen der NS-Zeit und die Geschichte der
155 deutschen Erinnerungskultur sollten wir daher eine Haltung der Demut und nicht
156 der Überheblichkeit ableiten. Wir können mit ihren Errungenschaften
157 selbstbewusst weltweit auftreten, wir können Vorbild und Orientierung sein.
158 Zugleich müssen wir in den Dialog mit denjenigen treten, deren historische
159 Erfahrungen sie zu anderen Perspektiven und Begrifflichkeiten im Umgang mit
160 globaler Gewaltgeschichte geführt haben. Die Grundlagen dieses Dialogs sind für
161 uns klar: Die unbedingte Achtung der Menschenwürde, die Anerkennung der Shoah
162 als Menschheitsverbrechen, eine klare Orientierung an Menschenrechten und
163 Völkerrecht.

164 7. Schutz der Versammlungs- und Meinungsfreiheit:

165 Das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist selbstverständlich
166 auch in der aktuellen, angespannten Lage verbrieft – unter der Bedingung, dass
167 Demonstrationen angemeldet werden, friedlich verlaufen und die Bestimmungen des
168 Strafrechts eingehalten werden. Dass bei Demonstrationen auch Meinungen und
169 Standpunkte vertreten werden, die für viele an die Grenzen des Erträglichen
170 gehen, muss eine Demokratie aushalten. Das gilt auch für die hier lebenden
171 Palästinenser*innen sowie das Recht auf friedliche Demonstration und
172 Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, im Westjordanland und
173 im Libanon im Rahmen der geltenden Gesetze, nicht aber für öffentliche Aufrufe
174 zu Terror, für Terrororganisationen oder Antisemitismus.

175 8. Weiterentwicklung der Erinnerungskultur, Stärkung der Präventions- und
176 Bildungsarbeit:

177 Wir setzen uns für eine inklusive und plurale Erinnerungskultur ein, die die
178 vielfältigen Erfahrungen und Geschichten einer Einwanderungsgesellschaft
179 berücksichtigt, ohne die einzigartige Bedeutung der Shoah zu relativieren. Die
180 deutsche Kolonialgeschichte sowie aktuelle Formen von Rassismus, Antisemitismus
181 und Diskriminierung müssen stärker in den Fokus der Erinnerungsarbeit rücken.
182 Die Errichtung neuer Gedenk- und Lernorte, die all diese Themen aufgreifen, soll

183 gefördert werden, um das öffentliche Bewusstsein zu schärfen und den
184 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Diese neuen Orte dürfen ausdrücklich
185 nicht auf Kosten der bewährten Erinnerungsarbeit an die Shoah und deren
186 Weiterentwicklung gehen.

187 Zugleich plädieren wir für eine verstärkte pädagogische Präventionsarbeit gegen
188 alle Formen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
189 Angesichts des grassierenden antimuslimischen Rassismus in unserer Gesellschaft
190 sehen wir es als besonders dringlich an, diese Form der Diskriminierung klar zu
191 benennen und aktiv dagegen vorzugehen. Bildungseinrichtungen sollen systematisch
192 Themen wie Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Kolonialgeschichte und
193 weitere Aspekte von Diskriminierung in ihren Lehrplänen verankern. Wir fordern
194 die Förderung von Projekten, die den interkulturellen und interreligiösen Dialog
195 unterstützen und Extremismusprävention als integralen Bestandteil der
196 Bildungsarbeit verankern. Die Vielfalt und Unabhängigkeit der Trägerlandschaft
197 in Bildungs- und Präventionsarbeit muss erhalten und nachhaltig gefördert
198 werden, um der zunehmenden Polarisierung entgegenzuwirken und die demokratische
199 Resilienz zu stärken.

200 9. Erweiterung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG):

201 Wir fordern eine Reform des AGG, um die Diskriminierungstatbestände um die
202 Merkmale Staatsbürgerschaft und Staatenlosigkeit zu erweitern. Dies ist
203 notwendig, um allen in Deutschland lebenden Menschen einen umfassenden
204 rechtlichen Schutz vor Diskriminierung zu bieten, unabhängig von ihrem
205 rechtlichen Status. Zum Beispiel würden israelische Staatsbürger*innen ,
206 palästinensische Staatenlose und andere Betroffene von dieser Erweiterung
207 profitieren, da sie derzeit nicht ausreichend vor Diskriminierung geschützt
208 sind. Zudem soll die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt werden, um
209 Betroffenen effektive Unterstützung zu gewährleisten und strukturelle
210 Diskriminierungen wirksam anzugehen.

weitere Antragsteller*innen

Sonja Regler (KV Berlin-Mitte); Tarek Al-Wazir (KV Offenbach-Stadt); Tobias Bacherle (KV Böblingen);
Margarete Bause (KV München); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jan-Bauke Baumann (KV
Osterholz); Misbah Khan (KV Bad Dürkheim); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Steffen Hagemann (KV
Kaiserslautern); Awet Tesfaiesus (KV Kassel-Stadt); Henrik Rubner (KV Berlin-Kreisfrei); Gertrud Amrein
(KV Frankfurt); Mogdeh Töbelmann (KV Diepholz); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf);
Gülsah Bayar (KV Berlin-Mitte); Elisabeth Amrein (KV Frankfurt); Marcel Dickow (KV Berlin-Mitte);
Dominik Reich (KV Berlin-Neukölln); Asena Baykal (KV Berlin-Mitte); sowie 69 weitere
Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.